

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Vortales und Provinziales Carl Wendenitz, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Krelzin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königsstr. 5.

Bezugspreis: Monatslohn 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postämtern monatlich 1 Mark 20 Pf. ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 10 Pf. — In Vertausch gegen Blätter. Die Zusp. Kolonnenzeitung 20 Pfennig, Inserate n. auswärts 25 Pfennig, im Restamtlohn 20 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27, Fernruf. 5407 — Zeitungspreissliste Seite 411.

Nr. 66.

Halle, Dienstag den 19. März 1918.

2. Jahrgang.

Holland unterwirft sich der Entente.

Minister Loubon erklärte gestern in der holländischen Kammer, daß die niederländische Regierung sich gezwungen sah, die Forderung der alliierten Regierungen, die niederländischen Schiffe durch die gefährdete Zone fahren zu lassen, an deren Annahme diese die Lieferung von 100 000 Tonnen Weizen zum 15. April geknüpft haben, anzunehmen, da Deutschland auf eine dazwischen gehende Frage erklärte habe, unumgänglich innerhalb zweier Monate 100 000 Tonnen Weizen liefern zu können. Sie hat jedoch ihre Zustimmung nur folgenden Bedingungen abhängig gemacht:

Holland muß auf die Verteilung des niederländischen Schiffsraumes und auf die Versorgung des Landes nach dem in „the London basis of agreement“ gegebenen Maßstab rechnen können, Lieferverträge für die Anfuhr nach den Niederlanden und für die dazu anzuwendenden niederländischen Schiffen gemäÙ werden. Was die Fahrten der niederländischen Schiffe durch die gefährdete Zone angeht, so müÙen die alliierten Regierungen dafür sorgen, daß die Schiffe keine Truppen und kein Kriegsmaterial transportieren und nicht besanft werden, daß es den Besatzungen freigestellt wird, an den Fahrten teilzunehmen oder nicht, und endlich, daß die eventuell vernichteten Schiffe sofort nach dem Kriege ersetzt werden. Die Regierung kann und darf nicht weitergehen. Der Minister fügte noch zu den Mitteilungen hinzu, daß er, sowie die Antwort der alliierten Regierungen ihn erreicht habe, auch diese der Kammer mitteilen werde. Die Kammer schloÙ in der morgigen Sitzung die Erklärung des Ministers zu schließen.

Das Korrespondenzbüro teilt noch mit: Nach der Erklärung des Ministers Loubon ist der Vorbehalt vor, die Distinktion bis nach Empfang der Antwort der Entente zu verschieben. Der Abgeordnete Rohmann wollte nur Aufschub bis morgen, da, wenn das niederländische Volk anders denkt als die Regierung, es von großer Wichtigkeit sein könne, daß die alliierten Regierungen das erfahren. Niemand war derselben Meinung. Er protestiert jetzt bereits mit einigen Worten gegen die Handlungsweise der sogenannten Beschützer der kleinen Nationen. Es wurde beschlossen, die Distinktion bis morgen nach der Pause aufzuschieben.

Wie weiter aus dem Haag gemeldet wird, sind sich die leitenden Kreise des Parlaments im unklaren darüber, ob Loubon in seiner Rede die ganze holländische Tonnage den Alliierten zur Verfügung stellen will oder nur den in Amerika befindlichen Teil. Der Schlußatz der Rede, in dem Loubon darauf hinwies, daß durch obige Antwort Holland sich einen großen Teil seiner Flotte sichert, läßt auf eine nur teilweise Überwallung schließen.

Die gesamte Abendpresse greift die Regierung an.

Die holländischen Reeder glauben nicht, daß die Entente torpedierte holländische Schiffe erbeuten werden. Wohl rechnet man mit einer Vergütung an Geld; aber dieses hat wenig Wert, da

man keine Schiffe taufen kann. Es herrscht in Reederkreisen große Verstimmlung über den Beschluß der Regierung, den man als eine Erniedrigung empfindet.

Von der Berliner Presse liegt nur eine Aeuerung der all-deutschen Deutschen Tageszeitung vor: „Bei aller Würdigung der tatsächlich schwierig gewordenen Lage Hollands muß von der deutschen Regierung erwartet werden, daß sie mit unbedingter Entschiedenheit, die im deutschen Lebensinteresse gebotenen Folgerungen aus der die Neutralität verletzenden Haltung Hollands zieht.“

Die Königlich Preussische Zeitung schreibt zur Nachgebiltheit Hollands gegenüber der Entente: Die Folge der Nachgebiltheit Hollands gegenüber der Entente wird eine ganz erhebliche Verengung des feindlichen Schiffsraumes und damit eine Verlangsamung des Krieges sein. Wenn Holland sich auf seine Zusage beschränken kann es doch nicht verlangen, daß dieser Standpunkt auch für und unabhingend sein soll. Unter allen Umständen erforderte diese Haltung Hollands als schwere Verletzung der Neutralität gegen uns. Es ist eine in diesem Augenblick besonders ins Gewicht fallende äußer-ordentliche starke Begründung der feindlichen Kriegsführung, welcher keinerlei schändliche Maßnahme zu unteren Gunsten gegenübersteht. Daß die Auslieferung so vieler holländischer Schiffe, um es gerade heraus zu sagen, öffentlich genommen ein schwerer Schlag gegen unsere Kriegsführung ist, daran ist nicht zu rütteln, und diese schwere Schädigung haben wir den Niederlanden zu verdanken. Es wird wohl unserer Regierung die die Verantwortliche für die zu beklagende Lage sein, die sie dem Reich gegenüber beizubringen hat, die ihr künftiges Verhalten anmerken lassen. Es ist zu erwarten.

Stockholms Dagblad vom 15. März schreibt zu der Vergemaltigung Hollands: In allen wirklich neutralen Ländern mit Liebe und Freiheit zur Selbständigkeit dürfte das Urteil über die geplanten entlegen erregenden Beschlüsse in Maßnahmen der Entente die Möglichkeit für das richtigste behandelte Holland voll auszubilden. Wie man nach Dän. Telegraph urteilen kann: Juden die Alliierten die Besatzungsregeln als völlerrechtlich torrett hinzustellen. Eßlicher wäre es gewesen, die Ereignisse von 1907 anzuführen, als Dänemarks Kriegsflotte angeteiert wurde, ohne daß man versuchte, den wirklich Charakter der Handlungsweise zu verschleiern oder als demütigter Beschützer kleiner Nationen aufzutreten. Auf Kommentare zur amerikanischen Notierung verzichtet man am besten von vornherein. Das Verfahren gegen Holland gehört zu denen, die ihre Schatten vorauswerfen. Neutrale Länder können daraus als Hauptziele die Schlußfolgerung für sich selbst ziehen. Man darf erwarten, daß Hollands Regierung angesichts der Gewalt sich der alten Tradition des Landes würdig erweisen und mit dem Vergemaltigten nicht patzieren wird. Die Beschäfte sind, daß die Gewalttat gegen Holland zu denen gehört, die sich auf die Dauer nicht bezahlt machen.

Nya Dagligt Allehandan vom 15. März sagt: Die neue Forderung der Alliierten gegen Holland kommt unerwartet. Man muß den Zeitungen recht geben, wenn sie sagen, daß diese Gewalttat aus deutliche die verzweifelte Lage der Entente beträftigt.

Der Kampf um die Freiheit.

Die letzte Parlamentswoche vor Ostern bringt wichtige Entscheidungen: sie liquidiert den Krieg im Osten, entscheidet über neue Kriegskredite für den Westen, greift tief hinein über die Verwendung der Kriegsgelder — Daimeiler! — und gut wauu! pou humpay uodsz uolaj uow u Hopp außen.

Noch immer wird mit Bestimmtheit die Debatte fortgeführt, ob der Russenfrieden hätte anders aussehen können und müÙen. Eins der führenden Blätter der Reichstagsmehrheit, die Germania, verteidigte den Friedensschluß von Breit-Stoß mit allem Nachdruck gegen seine Kritiker. Weder der erregte Appell an die Waffen, noch das schließlich gefaßte Beschlusstimment widerstehen irgendwie der Reichstags-Resolution vom 19. Juli, die feinstenswegs auf die am sich stets brutalen Mittel des Krieges zur Erreichung des Friedens verzichtet habe. Für entscheidender Inhalt sei vielmehr der Bericht auf die Bergavalkung von Västerås und die Durchführung des Friedens von Breit-Stoß unter Aufsicht der Reichstagsmehrheit werde einengen, daß es uns mit der Durchführung des Selbstbestimmungsrechts bei dem ehemals russischen Grenzproblemen ernst sei.

Auch im Berliner Tageblatt nahm sich der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Ludwig Haas den diegedächtnisreichen Friedens von Breit an. Das alte Ausland habe sich eben in seine Teile aufgelöst, und in demokratisch und gerecht sei es nicht organisiert gewesen, daß wir es nun mit aller Gewalt wiederherstellen müÙten; das sei wirklich kein unbedingtes Gebot der Demokratie, das Finnland, Polen und die baltischen Länder umzubringen gegen ihren Willen um deswillen beim russischen Reiches verbarren sollten, damit kein „Schicksal“ juristisch bleibe. Nur warnt Haas davor, die Mandatkrone durch ewige Verträge zu binden, damit man ihnen nicht das Rückzug auf Ausland verbaue, falls sich das russische Reich später etwa wieder zusammenfinden sollte — die Entschlüsse lasse sich heute noch nicht abwenden. In ähnlicher Weise sprechen sich andere liberale und fortschrittliche Blätter mit Bestimmtheit dahin aus, daß wir die engste Anlehnung der einst von Ausland mit Gewalt eroberten Mandatkrone auf Deutschland mit Freuden begrießen könnten, wenn ihnen nicht dabei Gewalt angetan werde, sondern ihr freier Wille entscheide. Das Fehlen jedes Widerpruchs gegen die Anlehnung an Deutschland sei fernsinnend dafür, daß die baltischen Provinzen und Litauen wirklich nach freiem Entschluß von Ausland los wollten.

Der Deputation der Anländer hat nun der deutsche Reichstagskammer genant, daß wir die Engländer eines Verognitums Ausland begrüßen über dessen Schicksal aber nicht vom letzten Randes her, sondern von einer Verformung auf breiterer Grundlage entscheiden werden solle. Bis dahin wird offenbar auch über die Annahme der Bergavalkung durch Wilhelm II. nicht endgültig beschlossen werden. Eine Entwicklung der Schritte kann wirksam der Meinung entgegenarbeiten, daß es sich doch nur um verkehrte Annerkennung handle. Wenn der Reichstag darüber wacht, daß die Mandatkrone Gegebenheit erhalten, ihren Willen frei und uneingeschränkt auszusprechen, wird der Ostfriede eine gesunde und dauerhafte Neuordnung schaffen.

Den härtesten Kampf gegen die Kriegsgewinnler macht insipidien die innere Ordnung im Reich notwendig. Man darf sich durch die einstimmige Annahme der Anträge zum Taus Daimeiler im Hauptauslaß des Reichstages nicht darüber täuschen lassen, daß die Unterdrückung des großindustriellen Kriegsvandens auf sehr starke Widerstände stoßen wird. Gegen Daimeiler hat auch der nationaleliberale Stöbe im Hauptauslaß scharf Stellung genommen, und das haben ihm seine Kollegen von der Kriegsindustrie scharf berichtet. Georg Bernhard entfällt man in der Hoffischen Stellung, daß Kommerzienrat Stöbe als Leiter der Reiter Chemischen Werke selbst in unabweisbare Kriegsgewinnler erzählt hat, daß die Aktien dieser Gesellschaft, die vor dem Kriege auf 40 kunden, liegt auf 500 getrieben sind. Um die tatsächlich noch höheren Kriegsgewinne zu verschleiern, hat Stöbe Gesellschaft, die vor dem Krieg sehr faul stand, ihrem Direktor Stöbe Entlohnung verweigert hatte und gegen ihn mit Kriegesflaggen wogging, im Jahre 1916 jögar Gratsaktionen ausgegeben. Die Kriegsgewinne der Gesellschaft des Generaldirektors Stöbe sind also in der Tat viel ungeheurerlicher und noch unbedeutlicher, als der Kriegsvand der Daimeiler-Werke, über die der Reichstagsabgeordnete Stöbe sich entzweit hat. Dieses Genetbild macht sehr eindringlich daran, nicht zu glauben, daß hinter jedem charalen Wort gegen Kriegsgewinnler und Kriegsgewinnler ohne wirklich der Wille steht, ihnen etwas anzutun. Lechten Entdes ist es gegen die Auswanderung der Kriegsgewinnler nur einen Schritt die planmäßige Ausbeutung der Gemeinwirtschaft. Genau die den einzelnen Anstalten eine Kronierung im Konsumverein besser schäft als die Wanderaliste.

Ein entscheidender Bedeutung dafür, ob in Zukunft in Deutschland die Kriegsgewinnler herrschen oder die Interessen der breiten Massen des Volkes, ob die Mandatkrone auf Deutschland einen freien Bund eingehen oder unter einer Scheinfreiheit angeteiert und vergemaltigt werden werden, wird sein, ob der nächste preussische Landtag noch ein Junkerparlament oder eine Stätte der Demokratie sein wird. Ostfriede und industrieller Kriegsvand hängen aufs engste mit

Der Friedensvertrag mit Rußland vom Sowjet-Kongress ratifiziert.

Der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten hat an die Auswärtigen Ämter in Berlin und Wien folgenden Funfiprud gerichtet:

Am 16. März 1918 hat der außerordentliche Allrussische Kongress der Sowjets der Arbeiter, Soldaten, Bauern- und Soldaten-Deputierten in der Stadt Moskau den Friedensvertrag, den Rußland am 2. März 6. J. in Breit-Stoß mit den Mächten des Bundes geschlossen hatte, ratifiziert.

Dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der befristet in Berlin zu erfolgen hat, steht insofern kein Hindernis mehr entgegen, sobald die Vierbundmächte ein diesbezügliches Verlangen stellen werden.

In der Sitzung des Sowjetkongresses, welcher den Friedensvertrag bestätigte, waren 1094 Abgeordnete anwesend; davon 732 Bolschewisten und 238 Sozialisten vom linken Flügel. Der Vorsitzende Sidorow las Begründungsabhandlungen vor, darunter auch die Beschlüsse des Präzidenten Wlison. Daraus hielt Lenin eine Rede; die ihm beigesteuerten Redaktionen bewiesen, daß seine Erklärung unerschütterlich ist. Während der Sitzung brach unter dem Podium des Vorsitzenden Feuer aus; es gab nicht die geringste Verwirrung trotz aller Gerüchte über anarchoistische Anschläge. Das Feuer wurde mit Löscharparaten unterdrückt.

Das angebliche Attentat auf Lenin.

Stachalin, 18. März. Sowjet Besich, das Organ der Vereinigten Sozialdemokraten, meldet, die Untersuchung wegen des Attentats auf Lenin habe nach dem Verhör aller Zeugen keine Anhaltspunkte ergeben, daß dieses Attentat wirklich stattfand hat. Der Gewerkschaftler hätte tatsächlich einen Schuß, er wuß aber nicht, aus welcher Richtung derselbe gefallen ist. Auch Lenin ist nicht imstande gewesen, genaues anzugeben. Die ganze Angelegenheit wurde nach diesen Ergebnissen im Sowjet-Institut für erledigt erklärt.

Trotz des ersten Armeebefehls.

Stachalin, 18. März. Die Zeitung Ulto Rossi veröffentlicht den ersten von Trotzki als den roten Garabiten erlassenen Armeebefehl, in dem er darauf hinweist, daß für Rußland der Kampf noch nicht beendet sei und daß das Land eine mächtige Armee haben müÙe, um die internationalen Kapitalisten wirklich bekämpfen zu können. Trotzki fordert alle auf, jung und alt, Frauen und Kinder, und Große, sich unter den Fahnen der Revolution im heiligen Krieg gegen die Hebermacht der Bourgeoisie zu führen.

Die englische Botschaft aus Rußland in London eingetroffen.

Genf, 18. März. Nach dem Rain ist die aus Rußland abgegangene englische Botschaft in London eingetroffen. Sie soll dieser Tage vom König empfangen werden.

Zweite Lesung des Finanzplans.

Abg. Caffel (Fortf. v. 17.): Die Aufwendungen der Gemeinden für Kriegsvorkehrungen müssen diesen so bald als möglich erlassen werden und zwar mit Zinsen. Die Steuererhebung muss auch den besonderen Bedürfnissen der Kriegsbekämpften Rechnung tragen. Ob die erhöhten Zulagen seinerzeit so notwendig waren, kann man bezweifeln, wenn man die vorhandenen Ausgaben, die unbeschriebenen Militärtransporte und die unbeschriebenen Millionen der Eisenbahnverwaltung hätte übersehen können. Sonderberuf der Kommunalstellen, ausgleich, den der brandenburgische Provinziallandtag jetzt gemacht hat, und wobei lediglich die Begehrtheit einzelner Vororte gereizt wird, um den Zusammenhang Groß-Berlins zu hindern. Das Reich darf nicht zum Aufgänger der Feindstaaten werden, ohne direkte Steuern zu produzieren. Sparmaßnahmen ist gut, aber sie darf nicht bei wirtschaftlichen Ausbauten, z. B. Kanalbauten, geübt werden. Auch müssen unsere kulturellen, nationalen Aufgaben unermindert weiter geführt werden. Unter einem gerechten Steuerplan und nach einem guten Frieden wird unter Volk das Vaterland zu neuer Blüte bringen. (Zehlfacher Beifall.)

Finanzminister Dr. Hergt: Der Verwurf der Inflation ist nicht berechtigt. Wir hatten 1916 über 300 Millionen Devisen und die Wagnahme von jährlich 100 Millionen aus den Zulagen ist verpfligt, da das Defizit fester muss. Die Zulagenherabsetzung ist für die Reichsregierung ein Verstoß. Wir hoffen, dass Abg. Caffel und seine Partei auch die nächsten Steuererhebungen bewilligen werden. Wenn Abg. Hübner von einer Minderhaltung der Landwirte gesprochen hat, so bin ich überzeugt, dass die Notwendigkeit der kriegswirtschaftlichen Eingriffe begriffen und dass im ganzen Volk die S. Kriegsangelegenheiten gewollten Erfolgs haben wird. (Zehlfacher Beifall.)

Abg. Sauerb (Soz.): Wir sind die vom Abg. Hübner wiederholten Behauptung, dass in den Kreisen der Arbeiter gegen die S. Kriegsangelegenheiten und mit einem Streit gegen sie getrieben werde, nicht zu Ohren gekommen; ich halte sie für ein Gerücht. Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften stehen solchen Wackelreden nachdrücklich fern. Solche Treibereien gegen die Kriegsangelegenheiten sind ein großer Verstoß. Die Leistungen der Deutschen Zeitung mit einem Streit der Kapitalisten und der Landwirtschaft gegen die Kriegsangelegenheiten sind erst recht zu verurteilen. (Zehrfacher Beifall.)

Möge auch die letzte Kriegsangelegenheiten einen finanziellen Sieg des deutschen Volkes über seine Feinde bedeuten. (Zehlfacher Beifall.) Möge sie aber auch die letzte Kriegsangelegenheiten die Frage der Restitutions des Friedens mit Russland bald der allgemeine

Frieden folgen, ein Frieden, wie das deutsche Volk und wie die ganze Menschheit ihn braucht, und der die Gewähr der Dauer in sich trägt.

Wichtigste der Steuererhebung ist nur durch hauptsächlichste Steuererhebung zu sichern. Bezüglich der Gemeinden die Kriegsunterstützungen zurückgeführt werden. Wir sind auch damit einverstanden, dass bei der Neuordnung der Einkommens- und Ergänzungssteuer mehr als bisher auf die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler Rücksicht genommen werde, schon aus bevölkerungspolitischen Rücksichten muss das geschehen. Stärkere Rücksicht muss steuerlich begründet werden. Wenn aber der Zuschlagentwurf verlangt, dass jeder weitere Eingriff des Reiches in die bundesstaatliche Besteuerung des Einkommens und Vermögens unterbleibe, so müssen wir natürlich dagegen stimmen. Vor dem Krieg bilanzierte der Reichsstaat mit 3 Milliarden Mark, nach dem Krieg ist auf 12 Milliarden zu rechnen. Gegenüber dieser völligen Umwälzung kommen wir mit den alten Steuerarten gar nicht mehr und indirekte Steuern gar nicht aufgebracht werden, zumal deren unsozialer Charakter nach dem Krieg ganz unerträglich geworden sein wird. Würden nach dem Zuschlagentwurf die Bundesstaaten die Beiträge zur Besteuerung für das Reich vorzunehmen haben, so würde das einen Unnütz bedeuten und überdies zu den größten Verschleuderungen führen. (Zehnfacher Beifall.)

Die Hälfte aller Kriegseinnahmen müsste vom Reich eingezogen werden. Eine Befreiung und Vermögensbesteuerung bis zu 20 oder 25 Prozent ist keineswegs absurd zu nennen und wird sich nach dem Krieg als notwendig erweisen. Die Bundesstaaten, insbesondere Preußen, werden Milliarden zum Wiederaufbau des Eisenbahnwesens und für die Kanalbauten brauchen, von deren Vorteilhaftigkeit jetzt wohl auch die Rede zu überlegen sein wird. In eine große Kriegseinnahme ist nicht zu misshandeln, sind die großen angloamerikanischen Reiche; aber halten Sie für möglich, das britische Weltreich und Nordamerika so überwältigend zu belegen, dass wir ihnen eine Kriegserhebung auferlegen könnten?

Wer wollte den Krieg wegen einer solchen Jata morgana noch verlängern? Ich hoffe und wünsche, dass am Ende des Krieges eine militärische Situation haben, dass es uns gelingt, die Hoffnungen unserer Feinde, auf denen die Friedensverträge aufbauen zu machen und doch wirtschaftliche Erleichterung Deutschlands ausfinden zu machen und doch die notwendigen Abmachungen hinführen, die unsere Nahrungs- und Rohstoffzufuhr, sowie den Absatz unserer Industrieprodukte unbedingt sicherstellen. Daran hat auch die Arbeiterklasse das allerhöchste Interesse. Ein solcher Frieden ist ebenwieweit entfernt von einem Versagen, wie von einem Gemütsfrieden, was beides unzulässig Schattenseiten sind. Wenn die Zufriedenheit unter Truppen und die Zufriedenheit unter Bevölkerung uns einen berartigen guten und dauernden Wirtschaftsfrieden erlärmen, dann können wir auch in bezug auf die finanzielle Zukunft des Reiches und der Einzelstaaten beruhigt sein. (Beifall.) Der Etat wird genehmigt; angenommen wurden Anträge

auf Mietung einer Dienstwohnung in Charlottenburg für den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, auf seltenerer Wiederherstellung der Kriegsunterstützungen mit Vorkaufszahlung an die Gemeinden, auf Erhöhung der Bezüge der Kriegsbekämpften und der Hinterbliebenen Gefallener und auf Verlegung eines Steuergesetzes, in dem die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler noch mehr berücksichtigt wird. Gegen die Stimmen der Volkspartei und der Sozialdemokraten wird die Regierung aufgeführt, dafür zu wirken, dass das Reich bei Wiederaufbau seiner Finanzen möglichenfalls gegen Übernahme eines Teils der Kriegskosten durch die Bundesstaaten, und Zulassung entsprechender landesrechtlicher Besteuerung des Vermögens von jedem weiteren Eingriff in die freie Grundbesitzung um 1/2 auf 1 Prozent erhöht werden soll und gleiches auch ein Antrag auf Verbesserung des finanzwissenschaftlichen Unterrichts.

Bei Etat der direkten Steuern erklärt Generaldirektor Heine, dass die abzulebende Abminderungsquote für landwirtschaftliche Grundbesitzer um 1/2 auf 1 Prozent erhöht werden soll und gleiches Vorgehen für städtische Grundbesitzer, entsprechend einem freizeitanerierten Anstieg, wohlwollend geprüft wird. Der Antrag wird dem Gemeindevorstand. Der Etat wird genehmigt, ebenso ohne Aussprache der Etat der indirekten Steuern. Dienstag 12 Uhr: Verlängerung der Legislaturperiode, Bausatz, Schluss 4 Uhr.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Die. Mittwoch, vormittags von 8-12 Uhr Nr. 42 001-47 000, nachmittags 2-6 Uhr: Nr. 47 001-52 000 der Lebensmittelkarte in der Talamtschule. Jede Person ein Stück für 33 Pfennig.

Geoff. Mittwoch vormittags in den einschlägigen Geschäften auf Abschnitt 154 des Warenbezugsheftes 14 jede Person etwa 1/2 Pfund. Zugelassen Nr. 38 501-40 000 der Lebensmittelkarte.

Quart. Mittwoch auf Abschnitt 3 des besonderen Bezugsheftes für Kinder und der Lebensmittelkarte Nr. 21 001-23 000 in der Wühlgangung von Schwärze, Rudolf-Hannstraße 85, sowie in den Verkaufsstellen der Wismarburger Wärfel, Seefener Straße 1 (8-12 Uhr) und Lindenstraße 52 (2-6 Uhr). Jede Person 1/2 Pfund zum Preise von 37 Pfennig.

Bekanntmachung.

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 20. März 1918 werden die Subhaber folgender Nummern zugelassen: Um 7 Uhr Nr. 1951-2030, um 12 Uhr Nr. 2051-2700, " 8 " " 2091-2230, " 11 " " 2791-2920, " 9 " " 2231-2370, " 2 " " 2371-3040, " 10 " " 2371-2510, " 3 " " 3041-3150, " 11 " " 2511-2650, " 3 " " 3041-3150. Halle, am 18. März 1918. Der Magistrat.

Bettfedern, Daunen fertige Betten empfiehlt [1008] Eduard Graf, Halle Markt 11.

Papier Zeitungen und Bücher 26 M., gew. Papier 18 M., pr. 100 kg kauft [973] A. Rein, Königsberg 5, Tel. 2409.

Kleider- und Kostümstoffe in Wolle, Seide, Samt- und Schlierstoff Große Auswahl o. Vorteilhafte Preise [507] im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87.

Alt-Papier sowie Geschäftsbücher zum Einkampfen kauft stets [956] A. Samuel, Alter Markt 7. - Tel.-Nr. 5592.

Die Fürsorgevermittlungstelle Halle der Kriegsamfelle Magdeburg sucht und vermittelt kostenlos gute Schaffstellen. Poststraße 16, Zimmer Nr. 59, II. Tr. r. [500]

Arbeiter, abonniert auf die Volksstimme!

Preiswertewollene Kleiderstoffe

- Kostümkstoff braun, schöne haltbare Ware, 130 cm 23 50 breit
Kostümkstoff in grün und braun, auch in schwarz und grau gemustert, 130 cm breit 28 50
Kostümkstoff schwerer Diagonal-Cheviot in schwarz, marine, braun, 120 cm breit 34 00

Reinwoll. Kammgarne und Cheviots

- schwarz und blau in vielen Preislagen.
Reinwollene schwarz-weiß kar. Stoffe 29 50
Schotten für Kinderkleider und Blusen. 27 50

M. Schneider, Halle Inh.: J. Hagenow + Leipziger Straße 94. [984]

Nur bis Donnerstag.

UT Alte Promenade 11a. Fernruf 5738. Ab morgen nur 3 Tage: Die Lieblingsfrau des Maharadscha Ein indischer Liebesroman in 4 Akten mit Sunnar Tohaes. Wetten, daß ... !!! Ein heiteres Filmspiel mit Versen in 2 Akten. [1009] Beginn 3 Uhr.

UT Leipziger Straße 88 Fernruf 1224. [1010] Der Letzte am Tatort Arnold Rieck in: Der unüberwindliche Theodor Lustspiel in 3 Akten. Beginn 4 Uhr.

Ein [1007] Vaterländisches Konzert wird Mittwoch, abends 1/8, in der Kaiser-Wilhelms-Halle, Neue Promenade 8, vom Komponisten Bonitz veranstaltet. Vorverkauf bei Steinbrecher & Jasper, Markt, und Spierling am Leipziger Turm.

Kundenliste zur Eintragung für den Bezug von Nähgarn und Leinenzwirn liegt von heute an bis zum 25. März bei uns aus. - Die den gewerbsmäßigen Verbrauchern ausgestellten Bezugsberechtigungen bitten wir bei uns zur Bestellung der ihnen zugewiesenen Garnmengen einzureichen.

Brummer & Benjamin Große Ulrichstraße 22/23. [1011]

Die Glocke Sozialistisch. Wochenschan Heft 30 Pf., im Abonnement vierteljährlich 3,50 Pf., empfiehlt die Buchhdlg. Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Stadt-Theater Mittwoch, 20. März 1918 anfang 7,30 Uhr Ende 10,15 Meine Frau, die Holschauspielerin Luipjil v. Wölter u. Schö. Donnerstag: Die Zauberflöte.

Schuhe und Stiefel werden besohlt und repariert [900] Burgstraße 48, p. z.

In Freien Stunden Wochenschrift voll spannender Romane und Erzählungen. Preis 15 Pf. Buchhdlg. Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Kurzwaren, Besätze, Knöpfe, Weißwaren preiswert [500] im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Str. 87.

Der Wahre Jacob Nr. 2 Preis 15 Pfennig Buchhandlung Volksstimme Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Halle und Saalkreis.

Halle, 19. März 1918.

Der städtische Haushaltplan 1918. Die neuen Steuern.

Das Stadterordnungscollegium hat am Montag mit der Beratung des städtischen Haushaltplans für 1918 begonnen. Dieser Haushaltplan liegt in einem starken Bande von 266 Seiten Großquartformat vor und ist über und über gedruckt mit Notizen. Das wird denn auch jeden, der es nicht unbedingt braucht, davon abhalten, sich dem Studium dieser kommunalen Publikation hinzugeben. Und doch ist sie von der größten Wichtigkeit. Wird doch darin die städtische Finanzlage und damit zum guten Teil auch die städtische Gemeindefürsorge für ein weiteres volles Jahr festgelegt! Aus diesem Grunde wollen wir denn auch nachstehend wenigstens das allerwichtigste daraus wiedergeben.

Der gesamte Haushalt für 1918 mit 17 896 700 M., in Einnahme und Ausgabe ab, das sind gegen den Voranschlag von 1917 genau 3 080 900 M. mehr. Im einzelnen verteilen sich diese betriebs 18 Millionen Mark, wie nebenstehende Tabelle zeigt.

Sehr richtig bemerkt der Magistrat in seiner Begründung hierzu, daß der Haushaltsplan des Jahres 1918 ein Spiegelbild der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Lage bietet. Er stellt sich in einigen wesentlichen Beziehungen bereits auf die schwierigeren Verhältnisse nach dem Kriegsende ein, während ihm auf der andern Seite noch die finanzwirtschaftlichen Vorteile der Kriegswirtschaft, besonders in Heuzerlei Hinsicht, zugute kommen. Auf der einen Seite enthält er Mehraufwendungen von rund 3 Millionen Mark, das sind etwa 20 Prozent mehr als 1917, auf der andern Seite Mehreinnahmen von rund 1 1/2 Millionen Mark aus dem Jahre 1918. Inwiefern diese Mehreinnahmen nur vorübergehend, Kriegserlöse, sind und weshalb selbst der Magistrat vor, hieron nur 288 407 M. als Einnahme einzuführen, dagegen die übrigen 1 110 000 M. dem Ausgleichsfonds zuzuführen, als Regel für spätere, schlechteren Zeiten.

Der durch diese Steuern aufzubringende Betrag beläuft sich auf 9 221 000 M. Hieron sollen wiederum lediglich zwei Drittel auf die Einkommensteuer gelegt werden, während der durch die Realsteuer zu deckende Nettobetrag zu etwa einem Drittel durch die Gewerbesteuer aufgebracht werden soll, so wie bisher schon. Das bedeutet abnehmend, daß die Gewerbesteuer mit 960 000 M. eingelegt ist, die Grund- und Gebäudesteuer mit 1 700 000 M., beide Steuerarten sind also auf ihrem alten Stand geblieben. Bei der Schätzung der Einkommensteuer wird man ebenfalls, wenn auch mit gewissen Abweichungen in der Berechnung, zunächst von dem heute schon anzuordnenden überprüfbareren Ergebnis des laufenden Jahres ausgehen haben. Dieses Ergebnis ist überaus reich in zweifacher Hinsicht: einmal durch die Steigerung des staatlichen Veranlagungsresultats von rund 3 Mill. auf rund 3,8 Mill. M., d. h. um rund 10 Proz. gegen 1918; ferner durch das gegenüber den Vorjahren ungewöhnlich günstige Verhältnis der voranschläglichen Einnahmen aus der Gemeindeeinkommensteuer zu dem Ergebnis der Einkommensteueranleihe. Die voranschlägliche Einnahme des Jahres 1917 wird, auf 100 Prozent zurückgeführt, also die Steuern der Einnahmen — etwa 85,70 Prozent des staatlichen Veranlagungsresultats gleichkommen. 1918 belief sich dieser Auswuchs auf 78,81 Prozent, 1915 gar nur auf 74,18 Prozent. Nebenbei sei hier noch erwähnt, daß das Jahr 1917 einen im Verhältnis zur Staatssteueranleihe unerwartet günstigen Erfolg der Gemeindeeinkommensteuer bringen wird, nämlich nach den bisherigen Unterlagen eine Einnahme von rund 6 1/2 Millionen Mark bei einem staatlichen Veranlagungsresultat von 3,3 Millionen Mark (gegen rund 5 1/2 Millionen Mark bei rund 3 Millionen Mark Staatssteueranleihe im Jahre 1916). Damit wird der Voranschlag

Table with 5 columns: (Einnahme) Ausgabe, Ueberschuß, Zuluß. It lists various municipal expenses and revenues, including salaries, pensions, and taxes.

für 1917, der von den damals durchaus begründeten, Annahmen einerseits eines voranschläglichen Ergebnis der Staatssteueranleihe von 3 Millionen Mark, andererseits eines Auswuchs von nur rund 75 Prozent ausging, vorausgesetzt um rund 1,4 Millionen Mark überschritten werden.

Inwiefern gestaltet nun dieses Ergebnis des laufenden Jahres eine Verwertung für den Voranschlag des kommenden? Für dieses die steuerliche Entwicklung vorausgesetzt, ist es zwar, wie eine Voraussetzung der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der nächsten Zukunft, von der jene ja wesentlich ab-

hängt. Als sicher kann schon jetzt angenommen werden, daß die staatliche Veranleihe mindestens das gleiche, nachteiligste ein noch günstigeres Ergebnis zeitigen wird, als die bei laufendem Jahre: die Gemeinde der aus der Kriegswirtschaft unmittelbarer und mittelbarer Nutzen ziehenden Unternehmer (im dreißigjährigen Durchschnitt) dürften sich im Jahre 1917 ebenso günstig verhalten haben, wie die Löhne der Arbeiter, deren erhebliche Steigerung gerade im letzten Jahre übrigens der Veranlagungsrolle ein ganz neues Gesicht, ein lapidares Kriegsgesicht geben werden. Aber gerade hierin liegt ein hartes Moment der Unficherheit begründet: Wird die Kriegswirtschaft im Laufe des Jahres abgebaut, so muß mit Nebenwirkung das abnorm gesteigerte Einkommen vieler in der Kriegswirtschaft tätigen Arbeiter plötzlich und fast fünfmal, ein großer Teil der benötigten Steuern dieser Arbeiter wird anfallen. Reichlich wird es mit einer Anzahl von Unternehmern gehen, ähnlich schicksalhaft mit dem Militäreinkommen der Reserveoffiziere. Das aus dem Kriegsgeheimnis werden sie im Auslande keinen Ausgleich bringen, da sie zum großen Teil nicht als ein steuerpflichtiges Einkommen erlangen, mindestens aber nicht gleich von ihrem neuen Einkommen verlangt werden. Alles dies würde den — in seiner dreißigjährigen Geschichte überaus vielfach nur zufälligen — Auswuchs der gemeindefürsorglichen Einnahmen ungünstig beeinflussen. Dazu kommt endlich die völlige Umwälzung in den steuerlichen Verhältnissen der Einnahmen. Die Erklärungen des preußischen Finanzministeriums über die Einbringung des Haushaltsplans lassen hier nichts Gutes erwarten.

Dementshalb schlägt der Magistrat nach einer weiteren speziellen Rechnung vor, zur Deckung des Steuerbedarfes die Erhebung folgender direkter Steuern für das Rechnungsjahr 1918 zu beschließen: a) 220 Prozent Zuschlag zur Staatssteuereinnahme unter Freilassung der ein Einkommen von 420 bis 600 unvollständigen Steuerkräfte, b) eine Gemeindeeinkommensteuer von 68 Prozent des jährlichen Auswuchs der steuerpflichtigen Einkommen, gleich 21 Prozent des Ertrags der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer, c) 20 Prozent der sich aus der besonderen Gewerbesteueranleihe der Stadt Halle ergebenden Steuererlöse — 226 Proz. der staatlich veranlagten Gewerbesteuer b) und c zusammen gerechnet 223 Prozent der gesamten Realsteuern.

Straßenbahn und Güterverkehr.

Das Stadterordnungscollegium hat am Montag die Einbringung des Güterverkehrs für der Straßenbahn auf in Halle beschlossen. Ein solcher Verkehr ist bereits in fast allen größeren Städten entweder schon eingerichtet oder noch im Entstehen begriffen. Dem Wunsch der Bahnbauverwaltungen, der Kriegswirtschaft Wegzehrung, des Fuhrwerks und sonstiger interlokaler Kreise aus Handel und Industrie, des öffentlichen Güterverkehrs, insbesondere aber als Unterstützung des allgemeinen Transportvermögens betrachten, glaubte daher auch der städtische Magistrat sich nicht länger entziehen zu können, umso weniger, als sonst dem Straßenbahnbetriebe diejenigen Motorwagen, die durch die von der Kriegsindustrie angeordneten Betriebsänderungen zum Schaden für die Straßenbahn entstehen werden würden.

Indes blieb in bezug auf die Beschaffung dieser Transportmittel der Halle Güterverkehr übrig. Der Magistrat hat nun beschlossen, daß die auf dem Güterbahnhof anzuordnenden oder dahin zu verladenden Güter auf Rollwagen von dort werden, die — in letzter oder teiler Verbindung — auf neu zu beschaffende Rollböden oder Untergetelle gelegt und durch die überschüssigen Motorwagen an- und abgeführt werden. Da hierzu veränderbare Unterteile von alten Motorwagen bei der Straßenbahn nicht vorhanden sind und die durch Umlage festgestellt wurde, auch von anderen Bahnen nicht zu erlangen waren, ist Hilfe auf die Beschaffung von Rollböden angewiesen. Von der Vermittlungsstelle Deutscher Straßenbahnen wurden beschickte Rollen der Straßenbahn-Güterverkehrs-Eisenbahngesellschaft Düsseldorf (Sohlen-Brauer-Pattmann) empfohlen. Da deren Beschaffung an Ort und Stelle und im Betriebe der Straßenbahn zu Düsseldorf, die sie in Verbindung mit besonderen Automobilanhängen eingeführt hat, befriedigend hat, der Magistrat alsbald der großen Dringlichkeit wegen — ohne die Zustimmung der Stadterordneten-Versammlung abwarten zu

Hans Dampf in allen Gassen.

17) Erzählung von Heinrich Scholtze.

Es kam unmöglich lange ein Geheimnis bleiben, warum die brillante Quartiere dreimal häufig abgeheuert worden sei. Hans Dampf selber die Ursache ausplaudert. Vieles wäre die hartnäckige Fürstin jene dortbare für ihren Interessen geworden; allein sie vernahm eben so wohl, daß Hans Dampf durch seinen Einfluß der wirkliche Urheber nicht nur der bekakten Eren- und Trümpfenorten, sondern auch überhaupt des erschrecklichen Schicksals gewesen sei, dessen sie, wie sie versicherte, zeitweilig einwandert sein würde. Dadurch machte die Sturz des Ordenskanzlers unüberwindlich werden. Die Fürstin, bei ungnädiger Raume, befehlt ihm, den Hof zu meiden; der Fürst, um sich und seiner Gemahlin Genugtuung zu verschaffen, wies ihn sogar aus dem Lande.

Hans Dampf, bei dem sich die Hofschaffner durchkreuzten, trachtete sich hinter den Ohren und leuchtete: „Auch ist der Welt Lohn!“ dachte ein, hätte sich in seine Tugend und reichte nach Vordemung ab.

Ein großer Mann ist, wenn er aus fällt, groß. Sein Sturz erfüllte ganz Reich. Als Alexander stark mußte sein unerschrocken Gesicht von den Wundungen der Donau und des Nil bis zum Indus und Ganges unter Strömen Flutes vertragen, und Franz des Großen Weltreich vertiermerte, als der Schöpfer derselben verstand. So mußte auch, als der große Hans Dampf gefährt ward, der Staat von Ludenstein bis auf die letzte Spur verwinden, und ein großer Krieg zu Land und zu Meer zwischen Frankreich und England war die Folge vom Milizne des Ordenskanzlers, wie sich aus der geheimen Geschichte der Hofe damaliger Zeit sehr leicht und mit Urkunden beweisen läßt, die aber zu lang und zu langweilig wären, hier eingetragelt zu werden.

Der Ordenskanzler hatte nämlich kaum die Residenz verlassen, als ein fronstöriger Extrakturier ankam, der sich nach ihm erkundigte, um ein Paket an ihn abzugeben. Diese Erkundigung machte um so größeres Aufsehen, weil das Deutsche Reich damals mit Frankreich in großer Spannung war. Fürst Nicodemus ward von der Ankunft des Extrakturiers benachrichtigt, und zugleich ähnherten die Feinde des vertriehenen Hans Dampf, dieser würde wohl in vortierlichem Bruchschiff mit der französischen Flotte treffen. Nicodemus fand die Sache sehr merkwürdig, weil er keinen Hans Dampf in allen Gassen kannte, und gab Befehl, den Extrakturier zu beschaffen.

Dieser, schon abgeriffelt, ward glücklich eingeleiten und zurick gebracht. Er leugnete nicht, mit Hans Dampf bekannt zu sein; aber daß das für denselben mitgebrachte Paket eine Verücke sei, nach der neuesten Mode, die der Kurier aus Gefälligkeit für Hans Dampf in einer der größten Hauptstädte gekauft und ihm nun nach Valenciennes geschickt habe, wollte kein Mensch glauben. Es ward also ein Besuchen an den Magistrat von Valenciennes geschickt, daß derselbe das für Hans Dampf mitgebrachte Paket überprüfen und den Ordenskanzler einpacken verhalten solle, weil in dem Paket wahrscheinlich Spuren einer großen Verheimlichung gegen das heilige römische Reich enthalten sein dürften. Der Magistrat von Valenciennes abordnete mit großem Eifer, konnte sich aber der Reugier nicht erwehren, die Schachtel zu öffnen, um die Spuren der ungewohnten Verheimlichung selbst zu besichtigen. Der Inhalt der majestätischen Monarchverdicte legte nun den Weg aller Kaiserchen von Valenciennes in Verwirrung, wie dies seltene Geschehnis mit dem heiligen römischen Reich in gefährlichen Verbindungen stehen würde? Darüber ward lange beratschlagt.

Der Extrakturier mochte wegen Eile und Wichtigkeit seiner Sendung lächeln, wie er wollte, er mußte warten, bis die Sache ins reine gebracht war. Man fand bei ihm nichts, als noch ein Paket mit der Aufschrift „Hans Dampf“ und dem Namen des Königs von Frankreich. Aber der König selbst hatte die köstlichen Gemme und Edelsteine, weil sie damals zur neuesten Mode in der Pariser Dama Welt geföhren, und er sie seiner Geliebten zum Neujahrsgeschenke verheihen hatte. Bisher hatte nur die Gemme des englischen Königs den Besorgungen, im köstlichen Bismarck es dem ganzen Hofe autorisiert.

Nun kam der Neujahrstag, aber der Extrakturier nicht. Verzeichens letzte der König den Oberdarsteller in die Hofkiste und entschlüsselt er sich bei der eisenfamen Geföhren. Tiefe weinte vor Horn, da sie am Neujahrstage der halben Briten an Procht nachsetzen mußte, und verlangte dem Monarchen auch die kleinste Gunst. Der König war in höchster Verwirrung und erhielt keine Antwort zur Beschiedung; er verlor sich in die köstlichen Gemme aus Frankreich an Frankreich, schon waren eben im Hofkiste die Stimmblätter anzufragen solle oder nicht? Jetzt gab der König den Ausschlag: „Gien!“ der englische Gesandte mußte soeben Boris verheihen, nicht minder die Frau Geliebten mit dem köstlichen Besatzwerk. Blut ward in Land- und Seehäfen

itronweise veroffen; ein Staat um den andern in den Kampf verwickelt; mancher ging dabei ganz zugrunde, wie zum Beispiel Andenstein. Denn da der Extrakturier, nachdem er sich gerechtfertigt hatte, endlich, aber zu spät, nach Paris kam, und die Ursache seiner Verpöschung medelte, ward dem Kaiserlichen Hofe Unternehmung geschlossen, der Schatz erfüllt. Ein allen neuen Tränen, Kriegen, Schlachten und Staatenverwundungen war nichts Urwache, als der Sturz des großen Hans Dampf. Wäre er in der Gnade des Fürsten geblieben, hätte er über die Perücke Auskunft geben können, wäre seine Vaterlandsliebe nicht verächtlich und verleumdet worden: Alles würde einen andern Gang genommen haben. Er selbst nun, wie gesagt, seinen Gang nach Valenciennes. Hier hatte das kurvenabhängige Gericht schon vor seiner Ankunft Kunde von seiner Verurteilung gegeben. Sogleich nahm der wohlbekante Rat den Schattentritt des Er-Odenskanzlers aus dem Verfallungsmittel hinweg und kühte den Wund, künftig seinem Sterben bei dessen Leuten mehr den Beizamen des Großen zu geben, oder ihm Denkmale zu errichten, als da sind Obelisk, Widhäulen, Silhouetten, Pyramiden und dergleichen. Nun wollte sein Valenciennes ihm je geschändet haben; nun deswollte der Stadttratte alle an denselben erzwungenen Reparationen; nun schaut jeder, er habe nie mit ihm in freundschaftlichen Verhältnissen gestanden; nun mochte man Schmachbüchsen und Spottgedichte auf den „er-großen Mann“; nun ließ ihn jeder den seinen Mann; je viele fanden ihn so klein, daß sie sich gar nicht erinnern, ihn recht gekannt zu haben.

Hans Dampf mußte wirklich selbst über das kurze Gedächtnis der Valenciennes erfragen, als er in seiner Vaterland ankam und ihm jeder wie einen wildfremden Menschen anpackte, und nichts von ihm wissen wollte. Das schreckte ihn aber nicht, besonders als er bemerkte, daß die Köcher nicht seiner noch an besten erinnerten. Da sagte er jeder etwas Zühes und verlor sich über, je mehr einmal Frau Bürgermeisterei werden, wenn er Bürgermeister würde. Dagegen bezieht ein Mädchen so leicht nicht. Der Bürgermeisterrecht erwiderte er aber aus dem Grunde, weil der Amtlichvermeint wenigstens in autor des nachfolgenden und sein geföhren hatte, indem er in einen tiefen Graben gefährt war, längs dessen Abhang der Magistrat verbrannt hatte. Hat das verfallen die Stimmung geändert zu leben. Der Selbsterlöbte hatte selbst kräftig gegen Wiederherstellung des Geliebten geoffen, teils aus Spornhaft, teils aus dem Grunde, weil seit dem eingezeichneten niemand in den Graben gefallen wäre.

(Fortsetzung folgt.)

... bereits 12 Vollmeter zum Preise von 4200 M. ... das ... 12 und 12 auf aufsteigende Automobildächer mit einer Tragfähigkeit bis zu 100 Qm zum Preise von 4500 M. für das ...

... und ... als Bezogen fernzuhalten, deren Anwesenheit ...

... diesen ... im ... der ...

Aus der Provinz.

... Die ...

... Zur ...

... Gegen die ...

... Warnung vor einem ...

Table with 4 columns: Entfernung, bis 3 Stunden, über 3 Stunden, über 4 Stunden. Rows list distances and corresponding times.

... Theater, Sehenwürdigkeiten ...

... Die ...

... Einleitung von ...

... Stadterordneten-Verammlung ...

... Die ...

... Stadterordneten-Verammlung ...

... Stadterordneten-Verammlung ...

... Die ...

... Stadterordneten-Verammlung ...

... Stadterordneten-Verammlung ...

... Die ...

... Stadterordneten-Verammlung ...

... Stadterordneten-Verammlung ...

... Die ...

... Stadterordneten-Verammlung ...

... Stadterordneten-Verammlung ...

... Die ...

... Stadterordneten-Verammlung ...

... Stadterordneten-Verammlung ...

... Die ...

... Stadterordneten-Verammlung ...

... Stadterordneten-Verammlung ...

... Die ...

... Stadterordneten-Verammlung ...

... Stadterordneten-Verammlung ...

... Die ...

... Stadterordneten-Verammlung ...

... Stadterordneten-Verammlung ...

... Die ...

... Stadterordneten-Verammlung ...

... Stadterordneten-Verammlung ...

... Die ...

Vertical text on the right edge of the page, likely a page number or reference.